№ 475.

Außerordentliche Beilage zur Leipziger Zeitung.

Dresden, Montags, den 15. September 1834.

Nachrichten vom Landtage.

Zweihundert und fünfund siebenzigste öffentliche Sitzung der ersten Kammer, am 30. August 1834.

(Beschluß.)

Fortsetzung der Berathung über das Budjet des Staatsaufwandes. — C. Departement des Innern.

v. Carlowitz: Ich finde den von Sr. königl. Hoheit wieder aufgenommenen Antrag ganz unbedenklich. Sollte der Erfolg lehren, daß 50 Hengste nicht ausreichten, so wird die Regierung ohne Zweifel beim nächsten Budjet auf eine Vermehrung antragen. Wenn an der Grenze noch preußische Hengste benutzt werden, so finde ich darin keinen Nachtheil, da die Pferdezucht im Preußischen keineswegs hinter der unsrigen zurück steht, und jene Hengste der diesseitigen Staatskasse nichts kosten. Die Hoffnung, Pferde für die Armee zu ziehen, scheint nach den Aeußerungen des Herrn Kriegsministers in der 2. Kammer ohnehin nicht in Erfüllung zu gehen, und ich suche den Grund hiervon in der Schwere der herangezogenen Pferde, die ich indessen nicht tadele, weil dadurch größere Brauchbarkeit für den Landmann entsteht, dem der leichte Reitschlag wenig nützt.

Staatsminister v. Lindenau: Es fanden bisher mehrere Klagen über zu schwachen Bau der vorhandenen Hengste statt, und man war daher darauf bedacht, schwerere Hengste anzuschaffen, und gewiß kann die Hoffnung nicht aufgegeben werden, die Remonte nach und nach im Lande erziehen zu sehen. Der Antrag Sr. königl. Hoheit ist zwar nicht an sich, wohl aber durch die Beschränkung auf die Zahl von 50 bedenklich.

D. Großmann: Vielleicht könnte dadurch eine Ersparniß erzielt werden, wenn man die Gestüthengste in den Schulstall aufnimmt, wo sie manchen Nutzen gewähren würden.

Staatsminister v. Lindenau: Mit dieser Idee hat man sich allerdings schon früher beschäftigt, allein es waren hauptsächlich 2 Ursachen, warum man wieder davon abging. Einmal, weil nur ein kleinerer Theil der Beschälungshengste so geritten sind, um für Scholaren brauchbar zu sein; dann aber auch, weil der Landstallmeister Schwierigkeiten macht, so kostbare Pferde fremden Händen zu übergeben.

Es werden hierauf die postulirten 15,000 Thlr. einstimmig genehmigt, und der Antrag des Prinzen Johann mit 18 gegen 16 Stimmen abgeworfen.

4. Für die Commissionskosten wegen der Frohn- und Dienstablösungen, ingleichen Gemeinheitstheilungen, hat die Regierung für die dermalige Finanzperiode eine alljährliche Summe von 7,940 Thlr. postulirt (s. Nr. 342. d. Bl. S. 3418.). Auf den Antrag ihrer Deputation, welche diesen Aufwand specificirt, hat nicht allein die 2. Kammer dieses Postulat bewilligt, sondern auch die Ermächtigung der Regierung beschlossen, die Gehalte für die Räthe nach dem zu nehmenden Umfang des Geschäfts bis auf 1,000 Thlr. für jeden in der Eigenschaft temporärer Zulagen erhöhen zu können. Sonach würde über das Postulat der 7,940 Thlr., da jetzt für 4 Räthe, à 800 Thlr. nur 3,200 Thlr. postulirt sind, zu diesem Behuf ein Dispositionsquantum von 800 Thlr. auszuwerfen sein. — Wir stimmen um so mehr für den Beitritt zu diesen Beschlüssen, als, unverkennbar durch die zu geringe Zahl der Angestellten herbeigeführt, nach einigen uns bekannt gewordenen Beispielen zu urtheilen, eine Beschleunigung des Geschäftsgangs wünschenswerth ist, die Geschäftslast nach Erscheinen des Gesetzes über Zusammenlegung der Grundstücke noch bedeutend wachsen wird, und sonach auch insbesondere der Wunsch auszusprechen sein dürfte, daß die, bereits auf den Etat gesetzte Stelle eines zweiten ökonomischen Raths baldmöglichst besetzt werde.

Hierzu hat v. Posern folgenden Antrag dem Präsidio übergeben: „daß die Besoldungen der juristischen und ökonomischen Räthe bei der General-Commission für Ablösungen und Gemeinheitstheilungen in der Besoldung nicht geringer gestellt werden möchten, als die Räthe bei den zu errichtenden Kreisdirectionen und Bezirksappellationsgerichten."

Der Antragsteller bemerkt zur Erläuterung seines Antrags Folgendes: Gründe mannigfacher Art vereinigen sich, um eine günstigere Stellung der bei der Generalcommission angestellten juristischen und ökonomischen Räthe, namentlich auch in Beziehung auf das ihnen zu gewährende Diensteinkommen zu empfehlen. — Hauptsächlich aber ist es theils das Interesse des Dienstes selbst, theils die Stimme der Gerechtigkeit und Billigkeit, welche laut und dringend dafür spricht. Schon das Interesse des Dienstes erfordert eine bessere Stellung der Mitglieder der Generalcommission, denn sie hat ein in die Hände der Regierung niedergelegtes Geschäft zu besorgen, welches von höchster Wichtigkeit für den Staat, von entscheidendem Einflusse für fast alle Landbewohner ist. Für dieses Geschäft muß man tüchtige Männer gewinnen, die ihre Stellen nothgedrungen nicht blos als Uebergangsposten anzusehen geneigt sind. — Mit tüchtigen wackern Männern ist zwar die Generalcommission jetzt besetzt, allein es ist zu befürchten, daß sie bei der ersten Gelegenheit wegen ihres geringen Gehaltes diesen Posten verlassen werden. Dem Staate und allen Betheiligten muß also daran gelegen sein, sie zu erhalten, daran gelegen sein, daß zu diesen Arbeiten Männer von Einsicht, Gewandtheit und unerschütterlicher Unparteilichkeit beauftragt werden. Ihre Einsicht, Fähigkeit und Geschäftskenntniß muß eben so groß sein, als die der Appellationsräthe, zumal da die Special-Commissarien zuweilen junge oder sonst unerfahrne Leute sind, die nicht immer gut vorarbeiten, obschon ich der Wahrheit zu Ehre bekennen muß, sehr tüchtige, wackere und geschickte Männer darunter gefunden zu haben. Die General-Commission hat die entworfenen Recesse daher einer um so sorg-

SLUB
Wir führen Wissen.